

{avsplyer playerid=3 videoid=11}

"Seit acht Jahren sind in Deutschland in einem ersten Halbjahr weniger Wohnungen genehmigt worden", schreibt die Neue Westfälische am 18. August. Nur einen Tag später ergänzt das Westfalen-Blatt die Rückläufigkeit im Wohnungsbau auf das Land Nordrhein-Westfalen: Etwa 5.300 weniger Wohnungspläne haben im vergangenen Halbjahr eine Genehmigung erhalten als es im ersten Halbjahr 2016 der Fall war. Trotz anhaltenden steigenden Bedarfs wird weniger gebaut.

"Mit den 742 genehmigten Wohnungen in Bielefeld dürfen wir uns vor Ort nicht zufrieden geben", warnt Friedrich Straetmanns, Bundestagskandidat der LINKEN, "das von den Medien betonte Plus von 2,1 Prozent nur genehmigter, nicht gebauter, Wohnungen ist vor dem Hintergrund des enormen Bedarf und der ungehaltenen Mietpreisexplosion deutlich zu wenig. Nach wie vor fordern wir den Bau von 3.000 bezahlbaren Wohnungen durch die Stadt. Nur das kommt der Not der Menschen hier vor Ort entgegen. Wie schon im Jahre 2015 haben die Politiker Bielefelds es zugelassen,

dass Menschen weiterhin Sorge um eine bezahlbare Unterkunft haben müssen - rückläufigen Wohnungsbau nehmen die Menschen hier nämlich schon seit über 10 Jahren wahr. Nur nicht die entscheidenden Politiker. Mit der Ablehnung unseres Antrags zum Bau von 1.000 Wohnungen im Jahr 2015 haben CDU, FDP, BfB, SPD und Grüne ebenso wie im Juli dieses Jahres bei der Abstimmung des Einwohnerantrags gezeigt, dass sie kein Interesse daran haben, aktiv an Maßnahmen für die Schaffung von Wohnraum mitzuarbeiten. **Es hilft nicht, an Bearbeitungsfristen und der Verwaltung zu kritisieren - was wir brauchen ist ein klarer politischer Wille im Sinne von tausenden Bielefelderinnen und Bielefeldern, die mit Wohnungssuche und unbezahlbaren Mieten zu kämpfen haben," fordert Straetmanns weiterhin.**